

SPD

Offener Brief der Stadtschulpflegschaft / Ihre Fragen zur Schulpolitik

Sehr geehrter Herr Kannanthanathu,
sehr geehrte Eltern,

vielen Dank für Ihre Fragen rund um die Schulpolitik, die ich Ihnen gerne beantworte.

Schulbau, Sanierung, Ausstattung, Organisation

1. Wann startet die Bildungsbaugesellschaft? Welches werden die ersten Projekte sein?

Bei der Stadt Remscheid werden jetzt die Strukturen geschaffen, damit es im Herbst dieses Jahres losgehen kann. Laut Stadtverwaltung ist der Projektstart ab dem vierten Quartal realistisch. In den kommenden Wochen werden zwischen der Bildungsbaugesellschaft und der Stadt die ersten Projekte abgestimmt.

2. Wann wird das Gebäudemanagement personell aufgestockt?

Die bislang unbesetzten Stellen sind inzwischen fast alle besetzt. Es laufen die letzten Ausschreibungsverfahren. Da soll zügig die Auswahl und Besetzung abgeschlossen werden.

3. Warum dauern notwendige Sanierungsarbeiten (z. B. Toiletten, Klassenräume, Schulhöfe) teils sehr lange? Was tun Sie konkret, um Planungs- und Umsetzungsprozesse zu beschleunigen?

Die Beantragung von Förderprogrammen läuft gut, es werden regelmäßig Maßnahmen in Remscheid beantragt und gefördert. Die Vergabeverfahren dauern teilweise zu lange. Deswegen ist die Bildungsbaugesellschaft so wichtig, um die Vergaben zügig abzuhandeln.

4. Wie möchten Sie die digitale Ausstattung verbessern? Wann wird es eine 1:1 Ausstattung von iPads für alle SchülerInnen geben? Wann werden digitale Schulbücher die Regel sein?

Die SPD hat auf Landesebene eine geschlossene IT-Strategie für Schulen gefordert, die eine 1:1-Ausstattung mit Endgeräten für alle Lehrkräfte und Schüler vorsieht. Diese Ausstattung muss nach Meinung der SPD bis zum Ende der Legislaturperiode auf Kosten von Land und Bund erfolgen. Die Städte sollen im Gegenzug die Kosten für den IT-Support übernehmen.

Die SPD will auch die digitale Bildung und Medienkompetenz als verpflichtende Bestandteile des Unterrichts und digitale Schulbücher. Auch das ist Landesaufgabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Kompetenzen für digitale Bildung bereits in der Lehramtsausbildung verpflichtend werden. Außerdem braucht es Fördermaßnahmen für Lehrkräfte, die bereits im Dienst sind – und entsprechende Freiräume für die Lehrkräfte, um sie wahrzunehmen.

5. Wie stehen Sie zu einer dritten Gesamtschule in Remscheid (z. B. am Standort GHS und ASRS)?

Das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ habe ich in Düsseldorf mitentwickelt. Damit haben wir gezeigt, wie einfach und schnell Investitionen in Bildung möglich sind. Im Remscheider Haushalt knüpfen wir daran an: Mehr als 270 Mio. Euro für Schulbauten – das ist sozialdemokratische Handschrift. Das ist die größte Summe, die wie je auf einmal in die Hand genommen haben. Zwischen dem Neubau des Berufskollegs am Bahnhof und dem vorletzten Neubau der Sophie-Scholl-Schule lagen 30 Jahre. Der nächste Neubau kommt schneller. Der Elternwille gibt die Richtung vor: Das wird eine neue Gesamtschule.

6. Wie verbessern Sie die Kommunikation zwischen Stadt, Schulen und Eltern?

Mit der Stadtschulpflegschaft und vielen Eltern, die sich in den vergangenen Jahren an mich gewandt haben, stehe ich in einem guten Austausch und ich halte die Elternmitwirkung an den Schulen für sehr wichtig. Schulen und Städte müssen transparent und regelmäßig über anstehende Veränderungen und Anforderungen informieren, um Eltern frühzeitig einzubinden und ihnen Planungssicherheit zu geben. Die Weiterentwicklung von Grundschulen zu Familiengrundschulzentren ist eine gute Möglichkeit, Schule, Stadtverwaltung und Eltern schon frühzeitig besser zu vernetzen. Grundsätzlich habe ich allerdings großes Vertrauen in unsere Schulen – Schulleitungen und Lehrkräfte arbeiten gemeinsam mit Schüler*innen und Eltern daran, das Beste aus den aktuellen Gegebenheiten zu machen.

Lehr- & Fachkräftemangel

7. Wie wollen Sie Remscheid für Lehrkräfte und OGS-Personal attraktiver machen? Welche lokalen Maßnahmen planen Sie gegen den anhaltenden Lehrkräftemangel?

Der Lehrkräftemangel ist eine der drängendsten Herausforderungen für die Landespolitik. Die SPD hat im Land ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgeschlagen, u.a. mit dem Antrag „Für mehr Verlässlichkeit an unseren Schulen: Dem strukturellen Unterrichtsausfall mit mehr Lehrkräften endlich ein Ende setzen!“. Zu den vorgeschlagenen Schritten gehören unter anderem: die Einstellung von Ein-Fach-Lehrkräften, vereinfachte Anerkennungsverfahren für ausländische Lehrkräfte, mehr Studienplätze, Maßnahmen zur Verringerung von Studienabbrüchen, die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs durch Entlastung der Lehrkräfte, Besoldungsanpassung, der Einsatz multiprofessioneller Teams, Höchstalter für die Verbeamtung für eine bestimmte Zeit hochsetzen. Darüber hinaus hat die SPD wiederholt die Notwendigkeit betont, den Seiteneinstieg in den Lehrberuf zu erleichtern und attraktiver zu gestalten. Bei der Einstellung von Lehrkräften und weiterem Personal brauchen die Schulleitungen darüber hinaus mehr Freiheiten – und weniger Bürokratie aus Düsseldorf oder der Bezirksregierung.

8. Warum werden Inklusionskräfte so schlecht bezahlt und was werden Sie daran ändern?

Die aktuelle Landesregierung hat es versäumt, ein Gesamtkonzept zur Besoldungsstruktur im Schulsystem vorzulegen, das auch Inklusionskräfte angemessen berücksichtigt. Dies führt zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und einer mangelnden Planungssicherheit für die Träger und Beschäftigten. Die SPD

setzt sich daher dafür ein, dass die Landesregierung endlich Verantwortung übernimmt und konkrete Maßnahmen ergreift, um die Bezahlung von Inklusionskräften zu verbessern. Die SPD fordert hier nicht nur eine angemessene Bezahlung, sondern auch klare Weiterentwicklungsmöglichkeiten, um den Beruf attraktiver zu gestalten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Denn klar ist: Inklusionskräfte leisten wichtige Arbeit, auf die sich alle verlassen. Das muss sich auch bei der Bezahlung zeigen.

OGS

9. Werden alle Erstklässler zum Schuljahr 26/27 einen OGS Platz bekommen?

Ab dem Schuljahr 2026/2027 gibt es zunächst für die Erstklässler*innen einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der OGS, danach aufbauend auch für die Jahrgangsstufen 2, 3 und 5. Entgegen der Zusage von CDU und Grünen gibt es bis heute allerdings noch kein Landesausführungsgesetz. Heißt: Niemand weiß, was genau passiert, wie die Standards aussehen und wer was bezahlt. Ohne Gesetz gibt es keine Standards und keine Verlässlichkeit für Eltern. Ich habe in Düsseldorf immer wieder Druck gemacht, damit es klare Regeln des Landes gibt – insbesondere, was die Finanzierung angeht. Trotz dieser schlechten Rahmenbedingungen ist der Stadt vor Ort gelungen, die Betreuungsquote im OGS-Bereich Jahr für Jahr zu erhöhen. Es gibt zahlreiche kreative Beispiele, wie neue Räume für OGS-Träger geschaffen werden können, etwa durch Anbindung von Räumen in nahe gelegenen Kirchengemeinden wie am Hasten.

10. Wie wollen Sie den steigenden Bedarf an OGS-Plätzen decken – sowohl räumlich als auch personell?

Es waren die Städte, die die Umsetzung des Rechtsanspruchs vorangetrieben haben. Von der Landesregierung kam keinerlei Unterstützung. Vor Ort geht es zügig voran. Es liegen Trendprognosen der Schülerzahlen und Zahlen zum Bedarf des Offenen Ganztags vor. Haushaltsmittel für bauliche Erweiterungen der Grundschulen sind bereitgestellt. Die Anzahl der OGS-Plätze kann erhöht werden, indem zusätzlich Räume angemietet werden und Räume multifunktional genutzt werden.

11. Wann wird der Personalschlüssel und die Qualifikation im Offenen Ganztag angepasst?

Der Kabinettsentwurf des neuen Erlasses für den Offenen Ganztag enthält hierzu keine Aussage. Auf Landesebene hat die SPD die Einführung eines Personalschlüssels, pädagogischer Konzepte und einer soliden Finanzierung gefordert, um die Qualität der Ganztagsbetreuung zu sichern und die Chancengleichheit zu fördern. Die SPD wird sich auf Landesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen. Bis dahin gelten die getroffenen lokalen Vereinbarungen zwischen der Stadt Remscheid und den Trägern des Offenen Ganztags zum Personaleinsatz in der Kooperationsvereinbarung.

Bildungsgerechtigkeit & Chancengleichheit

12. Welche Unterstützung erhalten Familien mit Kindern, die unter Dyskalkulie, LRS oder anderen Lernstörungen leiden?

Die SPD im Landtag Nordrhein-Westfalen hat hierzu einen Antrag eingereicht und eine Fortbildungsoffensive des Landes für Lese-Rechtschreibschwäche und Rechenstörung gefordert, damit es an jeder Schule mindestens eine Expertin oder ein Experte gibt. Außerdem sollte aus unserer Sicht ein LRS-Erlass im Schulgesetz verankert werden, der dem aktuellen Wissenstand entspricht. Das Gleiche gilt auch für Dyskalkulie, für die es bisher gar keine Regelung im Schulalltag gibt. Ein Nachteilsausgleich muss rechtlich abgesichert beschlossen werden. Hier bleibt die Landesregierung jedoch stur. LRS und Dyskalkulie müssen daher in der Lehrerausbildung stärker verankert werden.

13. Wie soll Inklusion in Remscheid praktisch gelingen?

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich intensiv für eine gerechtere und inklusivere Bildungslandschaft ein und hat u.a. dazu die Bildung einer Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ beantragt. Die Enquetekommission untersucht, wie Grundschulen und weiterführende Schulen besser zusammenarbeiten können, um den Übergang für Kinder positiv zu gestalten und die individuelle, inklusionssensible Förderung über Schulstufen hinweg zu verbessern. Der Bericht der Enquete-Kommission soll im Oktober veröffentlicht werden. Auf diesen Erkenntnissen kann man aufbauen und prüfen, wie Empfehlungen der Enquetekommission auch in Remscheid umgesetzt werden können.

14. Wie fördern Sie leistungsstärkere Kinder ohne Vernachlässigung der Schwächeren?

Die Grundschule zeigt uns, dass das gemeinsame Lernen funktioniert. Die leistungsstärkere Schüler*innen können Schüler*innen mit mehr Förderbedarf unterstützen und fördern, ohne dadurch Nachteile zu erfahren. Ich befürworte ein längeres gemeinsames Lernen anstatt einer frühen Aussortierung von Schülerinnen und Schülern.

15. Wie bewerten Sie muttersprachlichen Unterricht (z. B. Türkisch) in Bezug auf Integration?

In Remscheid haben wir gute Angebote für muttersprachlichen Unterricht außerhalb der regulären Schulzeiten. Verschiedene Sprache zu sprechen, ist eine große Bereicherung. Besonders in einer Welt, die immer vernetzter wird. Muttersprachlicher Unterricht ermöglicht es Schülerinnen und Schülern, die eigene Muttersprache systematisch richtig auch in der Schriftsprache zu erlernen. Außerhalb der Kernschulzeit, weil heute die Lehrpläne in der Schule schon sehr voll sind.

16. Wie wollen Sie Segregation (Ghettoisierung) durch Auflösung von Einzugsgebieten verhindern?

Wir sprechen uns dafür aus, die Wiedereinführung von Einzugsgebieten für Grundschulen in Remscheid zu prüfen.

17. Wie wollen Sie sozial benachteiligte Familien erreichen und für Bildung gewinnen?

Mit Familienzentren sowohl in Kitas als auch in Grundschulen können wir alle Familien in unserer Stadt für Bildung zu erreichen. Außerdem braucht es mehr zusätzliche und außerschulische Förder- und Unterstützungsangebote – die staatlich und städtisch, aber auch ehrenamtlich organisiert werden müssen und können. Bildung darf zudem nicht vom Geldbeutel abhängen. Als SPD-Fraktion setzen wir uns deshalb im Landtag beispielsweise für eine echte Lernmittelfreiheit, die Abschaffung von Kita- und OGS-Gebühren und ein kostenloses Mittagessen ein. Auch vor Ort fordern wir in unserem kommunalen Wahlprogramm: „Kein Kind soll hungrig lernen, deshalb werden wir für ein gesundes und kostenloses Mittagessen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sorgen.“

18. Unterstützen Sie verpflichtende Sprachtests vor Schuleintritt?

Sprachtests bei der Schulanmeldung sind zu spät. Ein früheres Testen ist sinnvoll – aber nur in Verbindung mit zusätzlichen Förderangeboten, die auch die sprachliche Vielfalt der Kinder berücksichtigen und sie in ihrer Entwicklung unterstützen. Das ist im Antrag der SPD-Landtagsfraktion "Mehrsprachigkeit an Schulen neu denken – Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder mit internationaler Familiengeschichte!" dargelegt. Wir setzen uns für die Einführung des sog. Chancenjahres ein: Kinder sollen mit spätestens viereinhalb Jahren getestet werden – also deutlich vor Eintritt in das Schulleben. Sollten dann Förderbedarfe diagnostiziert werden, bleibt genug Zeit, um Kinder und Familien zu unterstützen. In der Schule bleibt dafür oft wenig Zeit, weshalb viele Kinder schon vor Schulbeginn abgehängt werden. Die SPD im Land begrüßt daher grundsätzlich Sprachstandserfassungen, lehnt jedoch eine pauschale Verpflichtung ab, die nicht mit entsprechenden Fördermaßnahmen einhergeht.

Sicherheit

19. Wie wollen Sie die Sicherheit an Schulen erhöhen, z. B. Schutz vor Gewalt oder Amokläufen? Planen Sie den Einsatz von Schul-Sicherheitskräften oder bauliche Maßnahmen (z. B. Zugangskontrollen)?

Es gibt an jeder Schule in Remscheid ein Amokkonzept, alle Schulen sind auf diesen Fall vorbereitet. Wir sind eine der sichersten Städte in Deutschland. Konflikte an Schulen müssen wir möglichst pädagogisch und deeskalierend lösen. Eine absolute Sicherheit an Schulen werden wir nur erreichen, wenn Schulen zu einem Sicherheitstrakt wie in Vollzugsanstalten werden, die dann aber Kinder verängstigen, anstatt ein offenes und entspanntes Lernklima zu schaffen.

20. Welche präventiven Maßnahmen gegen Mobbing und Gewalt (z. B. Workshops, Sozialarbeit) wollen Sie fördern?

Bei Gewaltprävention müssen alle an einem Strang ziehen – Sozialarbeit, Jugendarbeit, Integrationsarbeit, Opferschutz, Politik, Justiz und Polizei. Das betrifft Projekte wie „Kurve kriegen“ und "Wegweiser", um Jugendliche vor kriminellen Karrieren zu bewahren. Und Projekte, die Toleranz und Vielfalt fördern und zeigen,

wie man sich vor Gewalt und Mobbing schützen kann – wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Mobbing und Gewalt findet zunehmend auch in den sozialen Medien und WhatsApp-Gruppen statt. Mehr Cyberermittler und Juristen mit hohem IT-Wissen sind nur die eine Seite der Medaille. Wichtig sind Hilfe-Buttons und pädagogisch ausgebildete Moderatorinnen und Moderatoren und virtuelle Anlaufstellen speziell für Jugendliche. Und digitale Lernmodule und Handreichungen für Lehrkräfte. Lehrkräfte, Kinder und Eltern müssen auch in Schulen lernen, wie man mit Mobbing umgeht, wie Gewalt verhindert werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, um auch digitale Gewalt zu verhindern.

Gesundheit

21. Wie stellen Sie hygienisch einwandfreie Toiletten und Waschräume an allen Schulen sicher?

Viele Schulen haben bereits sanierte Sanitäranlagen bekommen. Mit Ansätzen wie dem Hamburger Modell wollen wir gegen mutwillige Zerstörungen vorgehen, die leider immer wieder vorkommen. Beim Modell aus Hamburg werden Schülerinnen und Schüler bei der Renovierung und Neugestaltung der Toilettenanlagen schon bei der Planung und bei der direkten Umsetzung durch Handwerker eingebunden. Soziale Kontrolle spielt ebenfalls eine große Rolle. In Remscheid haben wir gerade ein Pilotprojekt gestartet und werden nach den Ergebnissen schauen, wie wir Maßnahmen zur Verbesserung an den Schulen umsetzen können.

22. Welche Schutzmaßnahmen planen Sie gegen Überhitzung der Schulgebäude im Sommer?

Der Klimawandel fordert uns heraus, mit immer öfter auftretenden Wetterextremen zurechtzukommen. Unter anderem auch mit vermehrten Hitzetagen im Sommer. Hier kann nur für jeden einzelnen Schulstandort individuell geprüft werden, welche zusätzlichen Maßnahmen gegen Überhitzung umsetzbar und notwendig sind.

23. Wie möchten Sie Schulhöfe entsiegeln, beschatten und kindgerecht gestalten?

Mit Hilfe von Projektförderungen sind wir bereits die ersten Entsiegelungen von sechs Schulhöfen angegangen. Auch haben wir bereits in 2022, auf Vorschlag der Gestaltungsmehrheit von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP im Rat der Stadt Remscheid beschlossen, die Schulhöfe nach und nach im Rahmen von ohnehin anstehenden Sanierungsmaßnahmen zu entsiegeln.

Ich freue mich, wenn wir weiterhin im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

